Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14491 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17299 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 9. Juni 1926 — Nummer 131

Der kaiserliche Präsident

Hindenburg ist mit seinem Schreiben an den früheren Kgl. Staatsminister v. Loebell, dem Vorsitzenden des Reichsbürgerrats, offen an die Spitze der Front gegen den Volksentscheid gestellt worden. Hindenburg, der „verfassungstreue Großpapa" der schwarz-rot-goldenen Republik, nimmt Stellung und — gibt dabei aufs schärfste die alten Losungen, um die sich die entscheidenden Kräfte der deutschen reaktionären Bourgeoisie und ihrer faschistischen Kampfverbände sammeln sollen.

Hat sich Herr Hindenburg — von den schwarz-rot-goldenen Republikanern bisher schier in den Himmel gehoben — über Nacht plötzlich verwandelt? Oder ist sein Brief an Loebell nur eine Fortsetzung der Linie seiner bisherigen Politik, wenn auch erstmalig in aller brutalen Offenheit enthüllt?

Der Präsident der „Republik" mit seiner „kaiserlich-königlichen Gesinnung" war der Kandidat des deutschen Finanzkapitals und der Großagrarier. Mit ihrem Geld zog Herr v. Loebell die Wahlmaschine für Hindenburg, den „Retter" auf. Also: die Politik der reaktionären großkapitalistischen Geldgeber mußte Hindenburgs Politik sein. Nicht zu grob, nicht zu plump, aber Schritt für Schritt vorwärts zu den reaktionären Zielen, war sie gedacht. Und Hindenburg „rettete" das deutsche Großkapital vor den „übertriebenen" Ansprüchen der armen Aufwertungsgläubiger aus dem Mittelstand. Durch seine Stellungnahme zum Zollgesetz half er den reaktionären militaristischen Geist im Offizierskorps der Reichswehr aufrechtzuerhalten. Sein drittes Auftreten als Sachwalter der deutschen Reaktion war sein Kommando an Luther in der Flaggenfrage. Nicht eine monarchistische Dummheit war die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge, sondern ein wohlüberlegter Vorstoß, um über dem Vormarsch der deutschen Kapitalistenklasse, über ihren reaktionären Diktaturbestrebungen die alte Flagge ihrer Klassenmacht aufzuziehen.

Die jetzige Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes durch Loebell, den Wahlmacher Hindenburgs und Beauftragten der kapitalistisch-monarchistischen Hintermänner der Hindenburgwahl, zeigt die ganze Verschärfung der Situation in Deutschland. Die Politik des „Retters" konnte nicht verhindern, sondern mußte fördern die wachsende Empörung der enteigneten, vom Großkapital ausgeplünderten Mittelschichten und die Radikalisierung der Arbeiterschaft, die eine Welle schlimmsten Unternehmerterrors, die Nackenschläge der kapitalistischen Rationalisierung und die Peitsche der Massenerwerbslosigkeit vom „Retter" beschert erhielt. So wurde die Bewegung gegen den Zweimilliardenraub der Fürsten zu einer gewaltigen Volksbewegung der Arbeiter und der mittelständlerischen Schichten. Die Kapitalistenklasse antwortete mit dem organisierten reaktionären Terror ihres Staatsapparats gegen den Volksentscheid. Trotz alles Kulissenkuhhandels im Reichstag scheiterte ihre Sabotage des Volksentscheids. Aber mit dem Ansetzen des Termins zum Volksentscheid, das unter dem Massendruck erfolgte, begann eine Welle hemmungslosester Lügenhetze gegen den Volksentscheid und gesteigerter faschistischer Bürgerkriegsübungen im ganzen Lande.

Hindenburg, der kaisertreue Präsident, an der Spitze der reaktionären Front! Hindenburg, der sein Leben „im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht" hat, wendet sich in den schärfsten Ausdrücken gegen den Volksentscheid. Er wiederholt mit aller Schärfe Stresemanns Drohung, es würde sich „keine Regierung finden, die einen siegreichen Volksentscheid durchführt", indem er erklärt, daß mit der Annahme des Volksentscheids „einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat ruht, beseitigt" sei und „ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt".

Loebell unterstreicht diese Drohung noch offener:

„Die starken Kräfte auf dem rechten Lager ... werden mit aller Kraft und dem ganzen Einsatz ihrer Person (!) diese Grundlagen des deutschen Staates verteidigen ...

Wer den Reichspräsidenten von Hindenburg kennt, der weiß, wie der Reichspräsident vom ersten Tage seiner Amtsführung an nur das Programm überlegener und sachlicher Staatspolitik verfolgt hat, der weiß, daß der Reichspräsident sich niemals dazu hergeben wird, von sich den Rechtsstaat zu zerstören und den Staat der politischen Willkür der sozialdemokratischen und kommunistischen Führer und der Demokraten, die diese Tendenz unterstützen, zu überlassen."

Der Wahlmanager der Wahl des Herrn Hindenburg weiß, daß Hindenburg sich „nie dazu hergeben würde", einen siegreichen Volksentscheid für die Fürstenenteignung zu vollziehen, und er kündet den Staatsstreich „der starken Kräfte auf dem rechten Lager" wieder an. Hindenburg an der Spitze der Staatsstreichdrohung!

Die Hindenburgfront — das ist die Front des deutschen Schwerkapitals und der Großagrarier, das sind die immer unverhüllteren Bürgerkriegsmanöver der „monarchistischen" völkischen Kampfverbände und ihrer „legalen" Zusammenarbeit mit der Reichswehr, das ist der Artikel 48 als Weg zur „Rettung des bedrohten Rechtsstaates" durch den Staatsstreich. **Die Hindenburgfront ist der Block aller Volksausplünderer, der Großkapitalisten, der Fürsten und der Fürstenknechte.**

Hindenburgs Brief ist das Sammlungssignal für die deutsche Konterrevolution, das Signal zum unverhüllten Aufmarsch. Wie weit die Vorbereitungen zum Staatsstreich schon gediehen sind, zeigt ein Artikel **„Marx!"** in der Berliner Zeitschrift **„Das Tagebuch"**, in dem ein **„hoher Staatsbeamter"** (augenscheinlich aus der preußischen Regierung) schreibt:

„Diejenigen, die in den Dingen mitten drinnen stehen und wissen, was vorgeht, haben oft das Gefühl, als ob die Ereignisse nicht mehr aufzuhalten seien und als ob wir unaufhaltsam den schwersten und gefährlichsten Wirren entgegentorkelten."

Und in einer solchen Situation schärfster Zuspitzungen und des konzentrierten Aufmarsches der Reaktion will der „Vorwärts" und die gesamte SPD.-Presse erzählen, daß Hindenburg „das Opfer einer Intrige Loebells" geworden sei und **„staatsrechtlich korrekt"** gehandelt habe. Unermüdlich suchen die SPD.-Führer nach immer neuen Argumenten, den Hindenburg-Brief als **„harmlos"** hinzustellen und Hindenburg zu verteidigen.

Wahrlich: **Diese Haltung bedeutet die vollste Unterstützung der Hindenburgfront durch die SPD.-Führer.** Gleichzeitig gehen jedoch diese Führer mit organisatorischen Drohungen gegen die SPD.-Arbeiter vor, die — zur Abwehr der Hindenburgpläne — für die proletarische Einheitsfront sind und gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern **Einheitskomitees** bilden.

Jeder Werktätige muß erkennen, daß gegen die Pläne, an deren Spitze der kaiserliche Staats- Präsident steht, die **geschlossene Macht aller Arbeitenden** gestellt werden muß. Darum: Mobilmachung mit allen Kräften für den siegreichen Volksentscheid! 20 Millionen Ja-Stimmen am 20. Juni! 20 Millionen im außerparlamentarischen Kampfe gegen die Hindenburgpläne, gegen Hindenburg, gegen Marx und ihren Reichstag!

Schafft Einheitskomitees!

Kommunistische Interpellation zum Hindenburgbrief

Mißtrauensantrag gegen die Marx-Regierung.

Berlin, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Interpellation wegen des Hindenburgbriefes eingebracht. Außerdem wird die kommunistische Fraktion einen begründeten Mißtrauensantrag gegen die monarchistische Reichsregierung Marx einbringen, der bei den Verhandlungen über das Fürstenkompromiß mit zur Verhandlung im Reichstag stehen wird.

Das Hindenburgmanöver der Fürstenknechte

Die Veröffentlichung des Hindenburgbriefes erweist sich als gut vorbereitetes Manöver der Fürstenknechte gegen den Volksentscheid. Das Bureau des Reichspräsidenten ließ gestern der Presse mitteilen, **daß der Reichspräsident mit der Veröffentlichung des Briefes einverstanden sei und voll und ganz zu diesem Briefe stehe.** Der „B. Z. am Mittag" wird von Regierungsseite mitgeteilt, daß das Kabinett unter diesen Umständen keine Veranlassung nehmen werde, sich mit dem Briefe des Reichspräsidenten weiter zu befassen, da es sich um eine nichtamtliche Korrespondenz Hindenburgs handele. Da Hindenburg mit der Veröffentlichung des Briefes einverstanden sei, habe das Kabinett auch keine Möglichkeit, Herrn von Loebell wegen der Publikation Vorhaltungen zu machen. Die Regierung des Reichsbannerkameraden Marx deckt also den provokatorischen Brief Hindenburgs in vollem Umfange. Die **„Welt am Abend"** fordert heute in der Schlagzeile **„Vor den Staatsgerichtshof mit Hindenburg!"** Die demokratische Presse ist sehr unwillig darüber, daß Hindenburg die loyale Maske des schwarz-rot-goldenen Großpapas der Republik abgeworfen hat und brutal und rücksichtslos die Aufträge des Schwerkapitals und der Hohenzollern durchführt. Durch den Hindenburgbrief und seine Deckung durch die Reichsregierung ist es für die breitesten Bevölkerungsschichten klar geworden, daß der Kampf gegen die Fürsten sich zugleich auch gegen die reaktionäre Regierung und den Reichspräsidenten Hindenburg richten muß. Der Hindenburgbrief und die Haltung des „Vorwärts" werden in den Berliner Großbetrieben eifrig diskutiert, wobei die sozialdemokratischen Arbeiter ebenso scharf gegen das Zentralorgan ihrer Partei Stellung nehmen, wie die Kommunisten. Die „Vossische Zeitung" schreibt heute morgen:

„Jedenfalls ist die bedauerliche Wirkung eingetreten, daß die Sozialdemokratische Partei, offenkundig gegen ihren Willen, in eine Kampfstellung gegen Hindenburg hineingezwungen worden ist. Auch das war offensichtlich die Absicht der Drahtzieher, die sich an Hindenburg herangemacht haben. Bisher standen die Kommunisten mit ihrer Deklaration gegen Hindenburg allein ... Was den Volksentscheid anbelangt, so bedeutet die hemmungslose Agitation, die neuerdings von den Monarchisten betrieben wird, keineswegs eine Verminderung der Aussichten der Enteignungsgesetze. Je mehr das Bestreben hervortritt, die Entscheidung des 20. Juni zu einer Parteisache zu machen, bei der die Rechte gegen die Linke steht, desto mehr treten die prinzipiellen Bedenken zurück, die der Bejahung des Volksentscheids entgegenstehen."

Der „Vorwärts", der das Vorgehen Hindenburgs noch am Montag als „staatsrechtlich korrekt" erklärte, schreibt gestern in der Abendausgabe:

„Herr von Hindenburg erklärt sich mit der Veröffentlichung eines Briefes einverstanden, in dem die Sozialdemokratie beschuldigt wird, „gegen Moral und Recht" zu verstoßen, und in dem ihr vorgeworfen wird, daß sie „die Instinkte der Massen aufreize". Aber diese selbe Sozialdemokratie hat Herrn von Hindenburg vor noch gar nicht langer Zeit dringend aufgefordert, in die Reichsregierung einzutreten. Hat er damals ihren Charakter noch nicht gekannt, oder glaubt er, daß sie sich seitdem geändert habe?" ...

„Inzwischen aber hat alle Erfahrung gelehrt, daß ein Staat nicht so regiert werden kann, daß das Staatsoberhaupt auf Einflüsterungen unverantwortlicher Ratgeber hin Kundgebungen loslöst, die das Unterste zu oberst kehren und die verantwortliche Regierung dann hinterhergelaufen kommt, um den Schaden zu besehen. Jeder dem Reichstag verantwortliche Reichskanzler muß nach unserer Auffassung darauf dringen, daß die politischen Handlungen des Reichspräsidenten im Einverständnis mit der verantwortlichen Regierung erfolgen — oder aber er muß sich das Recht wahren, die politischen Handlungen des Reichspräsidenten zu kritisieren und jede Verantwortung für sie abzulehnen."

Noch immer weiß der „Vorwärts" nicht, wie er es seinen Lesern beibringen soll, daß der von ihm geschützte Hindenburg den Brief in bewußter provokatorischer Absicht geschrieben hat, nachdem er sich mit diesen Worten für die Ahnungslosigkeit des Präsidenten warm eingesetzt hat. Der „Vorwärts" schweigt deshalb in seiner heutigen Morgenausgabe und nimmt trotz der Dringlichkeit überhaupt keine Stellung.

Kotau vor Hindenburg

Berlin, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Telunion" meldet, soll bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht die Absicht bestehen, wegen der Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes in der Fürstenenteignungsangelegenheit eine Interpellation einzubringen, da angeblich schon rein technisch eine solche Interpellation nicht mehr vor dem 20. Juni im Reichstage erledigt werden könnte. Die SPD. will nur anläßlich der ersten Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs über die Fürstenabfindung auf den Brief eingehen.

Diese Stellungnahme der SPD.-Fraktion des Reichstages braucht nicht zu verwundern. Wie kann man auch, nachdem man den Brief Hindenburgs als eine staatsrechtliche „Korrektheit" bezeichnete, gegen den Brief des monarchistischen Statthalters protestieren.

Kampfansage des Fürstenkabinetts

Neue Erklärung der Reichsregierung gegen den Volksentscheid.

Berlin, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie die Telunion meldet, soll nach den Besprechungen, die der Reichskanzler gestern mit den Parteiführern hatte, der Kompromißentwurf über die Fürstenabfindung erst nach dem Volksentscheid im Plenum des Reichstages zur Erledigung kommen. In der Erklärung, die die Reichsregierung in der Mittwochsitzung des Reichstages abgeben wird, soll die Stellung des Kabinetts gegen den Volksentscheid mit entschiedener Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden. Ob diese Erklärung vom Kanzler selbst abgegeben wird, steht noch nicht fest, ist aber wahrscheinlich. Der Kanzler will darauf hinweisen, daß mit der parlamentarischen Erledigung der Kompromißvorlage, wie sie vom Reichsrat angenommen wurde, die Frage der Fürstenabfindung in der „besten" Weise „gelöst" werden könne.

Man rechnet damit, daß von den Kommunisten und den Sozialdemokraten in längeren Reden zu der Ueberweisung an den Rechtsausschuß Stellung genommen wird. Die Regierungsparteien wollen eine gemeinsame Erklärung abgeben. Die nächste Woche soll sitzungsfrei sein.

Parteibesprechungen beim Reichskanzler

Berlin, 8. Juni. (Telunion.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Aussprache über den Regierungsentwurf für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern. Nach dieser Besprechung soll die erste Lesung der Regierungsvorlage am Mittwoch im Reichstagsplenum stattfinden. Die Regierung wird in einer Erklärung um möglichst schnelle Verabschiedung der Vorlage ersuchen. Die Frage der sogenannten Präambel, durch die dem Gesetz des verfassungsändernden Charakters entkleidet werden soll, so daß es mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann, wird nicht von der Regierung aufgeworfen werden, sondern von den Regierungsparteien im Rechtsausschuß, an den die Vorlage überwiesen werden wird.